



IM SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN LANDTAG

Nr. 458/04
22. September 2004

PRESSEMITTEILUNG

PRESSESPRECHER
Torsten Haase

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Bildungspolitik

TOP 1

Jost de Jager:

Einheitsschule soll von rot-grünem Versagen in der Schulpolitik ablenken

„Mit der Forderung nach Einführung der Einheitsschule will Bildungsministerin Erdsiek-Rave von der katastrophalen Schlussbilanz der rot-grünen Landesregierung in der Schulpolitik ablenken. Plötzlich sei für die vielen Fehler und Versäumnisse nicht mehr die Schulpolitik, sondern angeblich das falsche Schulsystem verantwortlich. Dies ist ein billiger Wahlkampftrick“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Jost de Jager am Mittwoch in der Aktuellen Stunde in Kiel.

Die CDU-Fraktion bekenne sich klar zum gegliederten Schulwesen. Grund- und Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien in Schleswig-Holstein könnten mehr als sie derzeit dürften, so de Jager. Die Landesregierung habe versäumt, wichtige Reformen zur Weiterentwicklung des gegliederten Schulwesens umzusetzen, die in anderen Bundesländern längst auf dem Weg seien. Wer jahrelang dem Patienten die Infusion verweigere, könne jetzt aber nicht erklären, dass ihm nicht mehr zu helfen sei.

Als Schlussfolgerung aus PISA wolle die CDU-Fraktion vor allem die Grundschulen stärken, kündigte de Jager an. Für die Grundschulen soll es eine Unterrichtsgarantie geben, die mit einer Qualitätsgarantie verbunden werde. Vor allem die Schülerinnen und Schüler in den ersten Jahren hätten das Recht auf die besten Bildungschancen. Dies würde auch in den weiterführenden Schulen zu positiven Effekten führen. Die CDU wolle für die Schulen nicht nur mehr Betreuung, sondern vor allem mehr Bildung. Das gelte für die Grundschulen genau so wie für Ganztagschulen.

Die Einheitsschule löse kein Problem, schaffe aber viele neue, so de Jager. Folge der Einheitsschule vom 1. bis zum 10. Schuljahr sei die Zusammenlegung und Schließung von vielen Schulen. Dort, wo Grund-, Haupt- und Realschulen nicht an einem Ort vorhanden seien, werde es zu Schließungen und Standortaufgaben kommen.